

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M. Die einjährige Abnahme kostet 130,- M. Bei Familienangehörigen, Studenten und Soldaten 2. Wohnungsnummer, 1 tägliche An- u. Verkäufe 25 M. Bezugsgebühr laut Zeitl. Zustellung monatlich gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 75 Pf.

Schriftleitung und Verlagsredaktion: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Leopold Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Verleger: Friedrichs Dresden. Druckerei: Gammelinstr. 25 241. Nur für Nachgelieferter: 20011.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Beginn der Einigungsverhandlungen

### Vermittlungsversuche zwischen Regierung und Reichsgewerkschaft.

**Drahtmeldeung aus Berlin (Schriftleitung)**  
Berlin, 5. Febr. Wie verlautet, sollen durch Vermittlung der E. P. D. und der U. S. P. D. morgen früh Verhandlungen zwischen der Regierung und der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten beginnen. Heute nachmittag haben Besprechungen zwischen den Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften stattgefunden, die sich mit der Aufnahme beschäftigen, die der Aufruf des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes in der Arbeiterschaft gefunden hat. Die Spitzenorganisationen der Berliner Arbeiter, die Berliner Gewerkschaftskommission, hat sich in einer Erklärung auf einen Standpunkt gestellt, der von dem des A. D. G. B. erheblich abweicht. Die freien Gewerkschaften haben sich auch mit den Entschlüssen einzelner Großbetriebe beschäftigt, die ihre Solidarität für die Eisenbahner in der kommenden Woche durch einen Streik bekunden wollen.

Berlin, 5. Febr. Die Vermittlungskommission des Deutschen Beamtenbundes im Streik der Reichsgewerkschaft ist am Abend des Aktionstages gescheitert. Der Aktionstagsrat hat sich zum Teil darauf, daß in Berlin, Hamburg und Königsberg die Eisenbahnarbeiter auf seiner Seite ständen, und stellte Bedingungen, die unmöglich erfüllt werden konnten, da sie zum Teil nicht mehr wirtschaftlichen, sondern politischen Charakter hatten. Die Reichsgewerkschaft erklärte weiterhin, daß sie die Zusicherungen der Arbeiter aus der Privatindustrie habe, daß man dort in den Kampf der Eisenbahner auch mit der Tat einträte, da in der Frage des Arbeitszeitgesetzes Beamte und Arbeiter die gleichen Ziele und Aufgaben hätten.

Inzwischen hatten — wohl auf die Nachricht dieser erheblichen Vereinfachung des Privatstreiks und der Beamtenstreiks — die E. P. D. vertreten durch Hermann Müller und K. H. K., sowie die U. S. P. D. vertreten durch Dittmann und Dr. Rosenfeld, Einigungsversuche unternommen. Noch gestern Abend fanden mit den Vertretern der politischen Parteien Besprechungen einiger in Berlin anwesenden Vertreter des Aktionstagsrates statt, die dann heute vormittag in der Reichsgewerkschaft fortgesetzt wurden. Die genannten Abgeordneten setzten sich auch in der Nacht zu heute noch mit dem Reichsanwalt in Verbindung und gaben ihm über die in der Streikleitung herrschenden Meinungen Bericht. In der Besprechung wurde später auch noch Minister von Eberstein zugezogen, da die Reichsgewerkschaft Wert darauf legt, daß die Regierung nicht durch Mittelsmänner, sondern direkt die Verhandlungen mit ihr aufnimmt. Wie man aus den Kreisen des Aktionstagsrates hört, steht die Reichsgewerkschaft auf dem Standpunkt, daß die

#### Grundbedingung für eine Einigung

die Erklärung der Regierung ist, daß Wahregelungen von Streikführern oder Streikenden durch die Regierung nicht vorgenommen werden. Die Reichsgewerkschaft verlangt ferner die bindende Erklärung der Regierung darüber, daß nach dem Streik Verhandlungen über die Neuregelung der Gehälter für die unteren Beamtenkategorien aufgenommen werden. Besonders interessant ist das Verlangen des Aktionstagsrates in der Frage des Arbeitszeitgesetzes. Es hat hier den Anschein, als ob durch die Eisenbahner von den politischen Parteien der Versuch gemacht wird, dem Arbeitszeitgesetz eine von den bisherigen Entwürfen gänzlich verschiedene Fassung zu geben. Der Aktionstagsrat verlangt nämlich heute, daß die Regierung das Arbeitszeitgesetz zunächst für die Privatarbeiter und dann erst für die Staatsbediensteten und Beamten feststellen solle. (Seitens des Reichsverkehrsministeriums war bereits erklärt worden, daß hinsichtlich der Arbeitszeit keinerlei Experimente stattfinden und daß es sich bei dem Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes zunächst nur um einen Referentenentwurf handle.)

#### Die Beratungen in der Reichskanzlei.

**Drahtmeldeung aus Berlin (Schriftleitung)**  
Berlin, 5. Febr. In der Reichskanzlei fanden heute unter Vorsitz des Reichskanzlers Besprechungen statt, zu denen die Mitglieder des Kabinetts und Führer der in der Regierung vertretenen Parteien erschienen waren. Gegenstand der Besprechungen bildete die durch die Streikbewegung in Berlin und im Reich geschaffene allgemeine Lage. Es wurde festgestellt, daß der Eisenbahnnotvertrieb nach einem vom Verkehrsminister dargelegten Plane aufgenommen worden ist. Zur Lage in Berlin wurde davon Kenntnis genommen, daß die Wasserwerke inwieweit von der Regierung in Betrieb genommen worden sind. In den Elektrizitätswerken ist die Technische Nothilfe noch im Laufe des Nachmittags eingesetzt worden, nachdem die Streikleitung erklärt hatte, daß sie nicht in der Lage sei, die Notstandsverfügungen auch nur in geringem Umfange durchzuführen. Gleiche Maßnahmen sind für die Gaswerke in Aussicht genommen. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Lage, wenngleich durch das Zusammenreffen der beiden Streiks in Berlin für die Berliner Bevölkerung besonders mißliche Verhältnisse geschaffen seien, nach wie vor nach den großen Gesichtspunkten der Gesamtpolitik, insbesondere der Gesamtsituation Deutschlands gegenüber dem Auslande und der Weltwirtschaft, beurteilt werden müsse. Man war sich einig, daß der Standpunkt der Regierung gegenüber dem Streik unverändert sei. Die Regierung wird weiterhin die enge Rücksprache mit den politischen Parteien und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen aufrecht erhalten. Die im Laufe des Abends Verhandlungen über die Besoldungsfragen mit den Spitzenverbänden der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden morgen vormittag 10 Uhr in der Reichskanzlei ihren Fortgang nehmen.

### Ein Sonntag in Dresden ohne Eisenbahnverkehr.

An der Streiklage in Dresden hat sich am gestrigen Sonntag nichts geändert. Auf dem Hauptbahnhofe herrschte vollständige Ruhe, nicht ein Zug ist angekommen oder abgefahren. Auf dem Reustädter Bahnhofe sind von Weihen zwei Züge eingetroffen, die 11,45 Uhr mittags und 4,58 Uhr nachmittags wieder nach dort verkehrten; außerdem lief noch nachmittags ein Zug von Königsbrunn ein, der 6,31 Uhr abends nach dort zurückkehrte. Nach Weihen war ein Zug ohne Zielangabe in Aussicht gestellt, doch konnte er nicht abgefertigt werden. Auf den Vorortstrecken Dresden-Pirna und Dresden-Tharandt und den Anschlusslinien nach Weising und Rippdorf herrschte gänzliche Verkehrshülse, für die vielen Tausende von Winterkutschern, die hier gestern amspäht der seltenen günstigen Schneeverhältnisse ins Gebirge gefahren wären, ein tiefermergerlicher Ausfall. Auf dem Hauptbahnhofe war es gestern Abend darum wie ausgestorben, fast ganz stumm lagen die weiten Hallen da.

Dem Vernehmen nach haben gestern verschiedene Versammlungen von Eisenbahnern stattgefunden, in denen über den Streik berichtet worden ist. Am heutigen Montag soll durch eine Urabstimmung unter den Eisenbahnarbeitern einschließlich der Werkstättenarbeiter ein Beschluß darüber herbeigeführt werden, ob sie sich am Streik beteiligen wollen. Bisher haben in Dresden im wesentlichen bekanntlich nur die Lokomotivführer und Decker im Streik.

Der Arbeiter- des Berufsverkehr erleidet durch den Ausfall der gewöhnlichen Verkehrsmittel, vor allem auch durch die Unisicherheit, ob ein Zug überhaupt verkehrt. Einige große Betriebe außerhalb Dresdens holen ihre Dresdner Arbeiter und Angestellten mit eigenen Lastautos früh von Dresden ab und bringen sie nach Betriebsablauf wieder zurück. Andere Betriebe können das deshalb nicht, weil sie ihre Lastkraftwagen der Milchnotversorgung zur Verfügung gestellt haben. Die Vorortstreckenbahnen haben einen rechten Verkehr übernehmen müssen, der sich aber bisher ziemlich abends abspielt.

#### Postverkehr in Dresden.

Die Oberpostdirektion teilt uns mit, daß die Annahme von Paketen nur nach solchen Orten erfolgt, nach denen die Beförderung in Aussicht gestellt werden kann. Dasselbe gilt von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen (Briefe, Postkarten, Druckfachen und Warenproben). — Durch die

#### Lufthauptverbindung Dresden-Berlin.

Wie gemeldet, ist am westlichen seit dem 4. Februar täglich (auch Sonntag) durch ein Postflugzeug von Dresden nach Berlin (Abfahrt 15.30 nachm.) eingerichtet worden ist, werden gewöhnliche und eingeschriebene Briefe und Postkarten sowie Frachtstücke usw. nach Berlin (Ort) und Vorporeie befördert. Schlußzeit für diese Lufthauptverbindung: Potsdam 21 (Hauptbahnhof): 10.30; Potsdam 1: 11.10; Potsdam 2 (Hauptbahnhof): 11.30; Potsdam 3 (Königsplatz) 12.15. Neben diesen allgemeinen Verbindungen wird am heutigen Montag außer dem jahresplanmäßigen Flugzeug (12.30 ab Dresden) noch ein Flugzeug 10.30 und 2.0 von Dresden nach Berlin verkehren. Besondere werden an diesem Tage alle für Berlin und darüber hinaus vorliegenden gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Postkarten, Druckfachen, Warenproben, Geschäftsbriefe, Mitteilungen, der für Luftpostverbindungen bestimmungsgemäß zu sendende Fracht wird bis auf weiteres nicht erhoben. Ferner wird voraussichtlich heute, Montag, oder morgen vormittags ein

#### Postkrafteinmarsch

zur Personen- und Briefpostbeförderung von Dresden Hauptbahnhof nach Berlin verkehren. Abfahrtszeit beim Potsdam 2 (Hauptbahnhof) 8.00, Bernauer Dienstamt 7.00, zu erfragen. Ueber dem Briefkastenmurmur dieses Postamts wird durch Ausschlag Radeser bekanntgegeben werden. Wahrscheinlich heute ein Postkrafteinmarsch verkehren; der Nachpreis beträgt 200 Mark. Auskunft durch vorgenannte Dienststelle.

#### Die staatliche Kraftwagenverwaltung

ist und heute, Montag, weder Kraftomnibusse nach Berlin, Leipzig, Bautzen und Chemnitz bei Bedarf verkehren. Ob Fahrten nach Weidenau und Chemnitz ausgesetzt werden können, ist wegen der Schneeverhältnisse noch unbestimmt. Nähere Auskunft: in durch die staatliche Kraftwagenverwaltung, Dresden-A., Bismarckplatz 2, zu erhalten.

#### Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsauskunft Dresden.

bietet und um Aufnahme folgenden Aufrufs:  
An die streikenden sächsischen Eisenbahnbeamten, Arbeiter und Angestellten. Auf's neue hat eine kleine Gruppe von Menschen den Eisenbahnverkehr stillgelegt. Die Folgen dieser Handlungsweise sind unermesslich für das industrielle Sachsen unübersehbar. Noch einige Tage Streik und die Fabriken, die Gas- und Elektrizitätswerke liegen still. Tausende von Arbeitern und Angestellten werden dadurch beschäftigungslos. Es kann nicht Erreicht sein, Millionen Arbeitnehmer zwecks zu schädigen. Wir erwarten von Eurer Solidarität und Eurer Pflichtbewusstheit die sofortige Annahme Eurer Arbeit.

#### Die ablehnende Stellung der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner zum Streik.

In einer längeren Sitzung am Sonntag nahm die Leitung der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner — Landesverband Sachsen — Stellung zur Streiklage. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:  
Mit Rücksicht auf den Aufruf der drei großen Spitzenorganisationen steht sich die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner — Landesverband Sachsen — außerstande, ihre Mitglieder zum Streik aufzurufen. Die Mitglieder werden daher erneut ersucht, ihren Dienst nach wie vor zu ver-

leben. Streikbrucharbeiten sind jedoch abzulehnen. Dieser Beschluß wurde unter Beachtung folgender Gründe gefaßt:

1. Die Forderungen, wegen deren die Reichsgewerkschaft im Streik steht, sind erst vor kurzem von ihren eigenen Vertretern bzw. von den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes als undurchführbar fallen gelassen worden.
2. Die Spitzenorganisation der Reichsgewerkschaft, der Deutsche Beamtenbund, hat erst am 3. Februar wieder die ausdrückliche Erklärung vor dem Reichskanzler abgegeben, daß er das Vorgehen der Reichsgewerkschaft mißbilligt und diesen Streik ablehnt.
3. Trotzdem der Streik schon einige Tage anhält, steht nach wie vor der überwiegende Teil der Reichsgewerkschaftsmitglieder im ganzen Deutschen Reich dem Streik ablehnend gegenüber und leistet Dienst.
4. Weder vor noch nach dem Ausbruch des Streiks ist die Zentralleitung der Reichsgewerkschaft offiziell an die anderen Gewerkschaften herantretend zwecks Teilnahme am Streik. Eine Beteiligung der Mitglieder der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner in Chemnitz, welche auf besondere Einladung der örtlichen Leitung der Reichsgewerkschaft hin beschlossen war, wurde sogar von derselben örtlichen Leitung der Reichsgewerkschaft nachher sabotiert und umständlich gemacht. Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner — Landesverband Sachsen — kann daher unter Beachtung dieser Umstände unmöglich ihre bisherige Haltung ändern.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde jedoch von allen Anwesenden die bisherige Haltung der Reichsregierung in Lohn- und Besoldungsfragen scharfstens verurteilt. Die Geschäftsleitung wurde beauftragt, bei der Zentralorganisation in Berlin für die sofortige Aufhebung der scharfen Ausnahmegesetze der Reichsregierung bzw. des Reichspräsidenten einzutreten. Auch sollen wirksame Garantien für entsprechende Aufbesserung der unteren Besoldungsgruppen und der Arbeitslöhne gefordert werden.

#### Vom Landesverband Sachsen des Deutschen Beamtenbundes

erhalten wir zum Streik der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten eine längere Zuschrift, in der es u. a. heißt:

Der Landesverband Sachsen des Deutschen Beamtenbundes, mit dem der Bund sächsischer Staatsbeamten, der sächsische Gemeindebeamtenbund der Verband sächsischer Polizeibeamten und der Lehrerbund vereinigt sind, würdigt die Umstände, die die Eisenbahnbeamten zu diesem Verweigerungsschritt veranlaßt haben, und hat der Reichsgewerkschaft seine moralische Unterstützung zum Ausdruck gebracht. Es muß die Erbitterung der streikenden Eisenbahnbeamten steigern, daß sie wie Vorkriegsbeamte behandelt und Verordnungen gegen sie erlassen werden, die die Koalitionsfreiheit der Beamten mit Gefährdung und Weisungen einschränken, Maßnahmen, die als verfassungswidrig zu bezeichnen sind und deren sofortige Aufhebung die gesamte Beamten- und Lehrerschaft mit Entschiedenheit verlangt. Die Fortsetzung einer derartigen Behandlung der streikenden Eisenbahnbeamten kann in der Beamten- und Lehrerschaft eine Erregung auslösen, die zu den schwersten Schädigungen unseres Wirtschaftslebens durch den Eisenbahnstreik weitere Folgen hinausführen kann. Seit Monaten wird mit dem um ihre Existenz ringenden Beamten ein Spiel getrieben, dessen die Eisenbahnbeamten nun müde geworden sind. Immer und immer wieder sind der Reichsregierung grundsätzliche Forderungen vorgelegt worden, die die Reichsregierung stets in das Gewicht umkehrern verstanden hat. Seit Monaten treibt die Reichsregierung eine Besoldungspolitik der Unanständigkeit und Ungerechtigkeit. Soll man sich dann noch wundern, wenn einmal der Geduldsfaden reißt? Immer wieder hat der Deutsche Beamtenbund aus verantwortlichen Erwägungen heraus nachgegeben und sich mit Verträgen abgeben lassen, um das Schlimmste zu vermeiden. Es war bei nur geringem Entgegenkommen der Reichsregierung möglich, den Konflikt zu verhindern. Sie glaubte aber, es auf die Wagnisprobe ankommen lassen zu müssen. Sie hat jederzeit die öffentliche Meinung mit hohen und noch dazu ganz unzutreffenden Milliardenfiguren gegen die Forderungen der Beamten einnehmen lassen, aber keine Aufklärung darüber gegeben, wie sich diese im ganzen hohen Summen in vieler Hinsicht auf den einzelnen auswirken. Wir wollen heute ununtersucht lassen, wo die wahren Schuldigen sind, und wo die Ursachen zu dem unheuerlichen Defizit im Reichshaushalt zu suchen sind. Wir hoffen, daß sich die Lage nicht noch weiter verschärft und bald ein Weg gefunden wird, um den Konflikt beizulegen.

Diese Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes dürfte in der Bevölkerung einen Eindruck finden, da auch durch die obigen Ausführungen die Tatsache nicht bestritten werden kann, daß trotz ausgedehnter Verhandlungen die Reichsgewerkschaft in einen Streik getreten ist, der, wie bekannt, von anderen Gewerkschaften, wie der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Gewerkschaftsring, dem Allgem. freien Angestelltenbund u. a. verurteilt wird.

#### Die Streiklage in Sachsen.

Im Leipziger Bezirk hat sich außer dem Lokomotivpersonal teilweise auch das Fahr-, Zeichen- und Versuchspersonal dem Streik angeschlossen. Auf einigen Dienststellen sind auch Arbeiter, die dem Deutschen Eisenbahnerverbande angehören, entgegen dem von den Spitzenverbänden der Gewerkschaftsorganisationen erlassenen Aufruf zur Beendigung des Streiks in den Ausstand getreten. Andererseits haben sich vereinzelt streikende Lokomotivführer wieder zum Dienst gemeldet. Die Verkehrslage hat sich verschlechtert insofern, als der Hauptverkehr und das Verschubgeschäft durch das anhaltende Schneetreiben und den strengen Frost erheblich erschwert